Nr. 96
November 2021

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

lange nichts gehört aus Berlin – das soll sich jetzt wieder ändern! Nach turbulenten Wahlkampfwochen bin ich froh und dankbar, dass die SPD stärkste Kraft geworden ist. Olaf Scholz wird unser nächster Bundeskanzler. Vielen Dank an alle, die mitgeholfen und mitgekämpft haben für diesen Erfolg. Vielen Dank an alle, die uns als SPD und mir in der Wahl ihr Vertrauen geschenkt haben.

Ende Oktober hat sich der neue Bundestag konstituiert und mittlerweile haben wir Abgeordneten bereits wichtige gesetzliche Maßnahmen beschlossen, während parallel intensiv über die zukünftige Regierung verhandelt wird. Die Ernsthaftigkeit, mit der die Verhandlerinnen und Verhandler an die Sache gehen, steht nicht nur im Kontrast zu den gescheiterten Jamaikaverhandlungen vor vier Jahren. Sie lässt auch hoffen auf einen grundlegend anderen Stil der Koalitionszusammenarbeit in dieser Legislaturperiode. Ja, die politischen Differenzen zwischen uns und unseren potenziellen Koalitionspartnern sind in manchen Bereichen groß. Alles andere wäre auch verwunderlich. Aber die berechtigte Hoffnung besteht, dass alle drei Parteien ihre jeweiligen Stärken und Sichtweisen nutzen, um gemeinsam neue, innovative Lösungen zu finden, die über den kleinsten gemeinsamen Nenner hinausgehen. Denn uns eint der starke Wille, zu gestalten und unser Land und unseren Kontinent voranzubringen und zukunftsfest zu machen. Ich bin zuversichtlich, dass am Ende der Verhandlungen ein Koalitionsvertrag stehen wird, der das Fundament für diesen Gestaltungswillen legt und der von einem positiven und modernen Gesellschaftsbild geleitet ist.

Die Stimmung in unserer nun beträchtlich gewachsenen SPD-Bundestagsfraktion ist geprägt von einem Gefühl des Aufbruchs. Und es ist zu spüren, dass gerade die vielen jungen Abgeordneten für neuen Schwung in der parlamentarischen Arbeit sorgen werden Wenn geklärt ist, welche Ressorts in der Regierung gebildet werden, geht es an die Ausschussbesetzung, so dass sich dann die Aufgaben innerhalb der neuen Fraktion verteilen. Wenn alles wie geplant läuft, dann können wir in neuer Formation ins Jahr 2022 starten. Die ersten Bewährungsproben für das neugewählte Parlament stellen sich schon jetzt angesichts des aktuellen Infektionsgeschehens. Darum haben wir in dieser Woche wichtige Beschlüsse gefasst, um die Infektionswelle so schnell wie möglich zu brechen. Dass die Union diese Beschlüsse nicht mitgetragen hat, finde ich verantwortungslos und beschämend.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Deutschland winterfest machen

Die Debatte um das Auslaufen der „Epidemischen Lage nationaler Tragweite“ wurde die letzten Wochen intensiv geführt. Die Sorge, dass ein falsches Signal davon ausgehen könnte, kann ich gut nachvollziehen. Aber tatsächlich handelt es sich dabei um ein Rechtskonstrukt, mit dem Sonderrechte für Ministerien verknüpft waren, die nun wieder ins Parlament zurückgeführt werden. Umso wichtiger ist es, dass wir nun im Bundestag gemeinsam mit den Grünen und der FDP konsequente Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung beschlossen haben, die teilweise sogar über die vorherigen Möglichkeiten hinausgehen. Die Länder erhalten verlässliche, rechtssichere Instrumente, um regional erforderliche Schutzmaßnahmen erlassen zu können. Zusätzlich schaffen wir auch bundeseinheitliche Vorgaben, die überall gelten, um einen Flickenteppich zu vermeiden. Bundesweite und pauschale Ausgangssperren oder Schulschließungen halten wir angesichts einer Impfquote von über 70 Prozent aber nicht mehr für verhältnismäßig. Deshalb stellen wir gesetzlich klar, dass es dazu nicht mehr zu kommen darf. Genauso wenig wie zu flächendeckender Untersagung von Sportausübung, Reisen und Übernachtungsmöglichkeiten oder zu flächendeckenden, vorsorglichen Schließungen von Betrieben beispielsweise der Gastronomie oder dem Einzelhandel. Schließungen oder weitergehende Kontaktverbote können jedoch – je nach Infektionslage und Belastung des Gesundheitssystems – regional auf Beschluss der jeweiligen Länderparlamente verfügt werden. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass finanzielle Schutzschirme beispielsweise für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen verlängert werden.

Hier ein Überblick über die wichtigsten Beschlüsse, die zunächst **befristet bis zum 19. März 2022** gelten:

Bundesweit einheitliche & verbindliche Schutzmaßnahmen

Bundesweit verbindlich wird die Anwendung der **3-G-Regel für Arbeitgeber und Beschäftigte**. Wir führen außerdem eine **Homeoffice-Pflicht** ein. Zusätzlich werden besondere **Testpflichten** für Beschäftigte und Besucherinnen und Besucher in Gemeinschaftseinrichtungen vorgesehen, beispielsweise Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Wir führen außerdem die **3-G-Regel im öffentlichen Personennah- und Fernverkehr** ein.

Handlungsmöglichkeiten für die Länder

Die Länder erhalten **konkrete Handlungsoptionen**, um die Verbreitung von COVID-19 effektiv und rechtssicher zu verhindern. Dazu gehören Abstandsgebote, Kontaktbeschränkungen für Ungeimpfte, Maskenpflicht, 3G/2G/2GPlus-Regelungen, Verpflichtung zur Erstellung und Anwendung von Hygienekonzepten, Möglichkeit der Anordnung von Kapazitätsbeschränkungen, Erteilung von Auflagen beispielsweise für Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen und Anordnung der Kontaktdatenverarbeitung.

Länderöffnungsklausel

Angesichts des aktuell sehr schweren Infektionsgeschehens in einigen Bundesländern und der zu erwartenden Zuspitzung der Situation in den kommenden Winterwochen ist klar, dass auch **weitergehende Handlungsbefugnisse für die Länder** notwendig werden könnten. Deshalb regeln wir, dass weitergehende Schutzmaßnahmen möglich sind, wenn das jeweilige **Landesparlament** einen entsprechenden Beschluss fasst.

Bei allen Maßnahmen geht es darum, eine Überlastung unseres Gesundheitssystems abzuwenden. Dass Ungeimpfte anders behandelt werden können als Geimpfte ist angesichts der sehr viel höheren Inzidenz in dieser Gruppe und ihrer stark erhöhten Gefahr, schwer zu erkranken, konsequent. Gleichzeitig gilt weiterhin, dass wir alle die bewährten Schutzmaßnahmen – Masken, Hygiene, Abstandhalten – anwenden.

Der Hauptausschuss des Deutschen Bundestages

Die Fachausschüsse sind das Triebwerk der parlamentarischen Arbeit. Hier werden unter anderem Gesetzesentwürfe beraten und verhandelt. Die Ausschüsse werden aber erst eingesetzt, wenn die Regierungsbildung abgeschlossen ist, denn sie orientieren sich unter anderem an den Ressortzuschnitten der Ministerien. Damit das Parlament auch während der Koalitionsverhandlungen handlungsfähig ist, wurde ein Hauptausschuss eingesetzt, in dem Gesetzesentwürfe aller Fachbereiche behandelt werden. In der Übergangszeit ist er unter dem Vorsitz der Bundestagspräsidentin das wichtigste parlamentarische Gremium. Im Hauptausschuss werden beispielsweise das weitere Vorgehen in der Pandemie oder auch eilige Haushaltsvorlagen beraten. Zusätzlich wurden auch der Petitionsausschuss und der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung eingesetzt.

Dem Hauptausschuss gehören 31 Abgeordnete aus allen sechs Fraktionen des Deutschen Bundestages an. Als eine von neun SPD-Abgeordneten wurde ich von unserer Fraktion gewählt. Insbesondere in der jetzt zugespitzten Phase der Pandemie ist es dringend notwendig, Maßnahmen zum Infektionsschutz weiterzuentwickeln, Krankenhäuser zu entlasten und Pflegeeinrichtungen und -dienste weiterhin zu unterstützen. Dafür werde ich mich im Hauptausschuss besonders einsetzen.

Konsequenter Infektionsschutz in Korea

Beim Deutsch-Koreanischen Forum traf ich auch Dorothee Kneer aus Deggingen, die auf meine Empfehlung hin am Deutsch-Koreanischen Jugendforum teilgenommen hat. Wir beide erlebten dort hautnah, was die erfolgreiche koreanische Strategie der Pandemiebekämpfung ausmacht: Konsequentes Maskentragen und Abstandhalten sowie bei geringfügigen Ausbrüchen schnelle, örtlich und zeitlich begrenzte Maßnahmen haben dort dazu geführt, dass das Infektionsgeschehen auch im Herbst weiter überschaubar bleibt. Die Erkenntnisse daraus haben wir mit anderen Vorschlägen in unsere Empfehlungen an die Regierungen beider Länder aufgenommen, die bei dem jährlichen Forum erarbeitet werden.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

Am 26. Oktober konstituierte sich der 20. Deutsche Bundestag. Bärbel Bas wurde als dritte Frau und als drittes Mitglied der SPD zur Präsidentin des Deutschen Bundestags gewählt. Sie ist eine erfahrene Parlamentarierin und war jahrelang unsere Mitstreiterin für sozialdemokratische Gesundheitspolitik (links: Unsere gesundheitspolitische Sprecherin Sabine Dittmar). Herzlichen Glückwunsch!

Termine

Donnerstag, 25. November
11:30 Uhr
Mitgliedertreffen SEGOFILS
(Seniorengemeinschaft Obere Fils e.V.)
Bürgerhaus Bad Ditzenbach
16:00 Uhr
Telefonische Bürgersprechstunde

Montag, 29. November
18:00 Uhr
Digitale Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Stuttgart

Freitag, 3. Dezember
19:30 Uhr
Digitale Kreismitgliederversammlung des Kreisverbandes Göppingen

Samstag, 4. Dezember
12:00 Uhr
Digitaler außerplanmäßiger Bundesparteitag
18:30 Uhr
Festveranstaltung 30 Jahre Albanischer Kulturverein „Mutter Teresa“
Stadthalle Göppingen

Montag, 6. bis Freitag, 10. Dezember
Sitzungswoche in Berlin

Freitag, 10. bis Sonntag, 12. Dezember
Bundesparteitag

Montag, 13. bis Freitag, 17. Dezember
Sitzungswoche in Berlin

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74
heike.baehrens.wk@bundestag.de

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159
heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 19. November 2021, 10 Uhr